

Die Altersvorsorge langfristig sichern

Langfristig wird die Finanzierung der Sozialwerke schwieriger – auch in Liechtenstein. Der Landtag und die Regierung sind sich einig, dass für die Alterssicherung frühzeitig Weichen gestellt werden sollten.

Von Richard Brunhart

Die Behandlung des Geschäftsberichts 2009 der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV), der Invalidenversicherung (IV) und der Familienausgleichskasse (FAK) im gestrigen Landtag nutzten die Abgeordneten dazu, eine zukünftige Weichenstellung der Sozialwerke anzudiskutieren. Die Herausforderungen sind schon länger bekannt: «Der demographische Wandel fordert von der Gesellschaft und von der Politik ein langwieriges, aber zukunftsgerichtetes Umdenken und Handeln in vielen Schlüsselbereichen – unter anderem in den Sozialwerken, der Gesundheit, der Bildung und in der Sicherung des Finanzhaushaltes», fasste der VU-Abgeordnete Günther Kranz zusammen. Doch eine Gefahr gehe vom demographischen Wandel nicht aus. «Gefährlich wird es nur dann, wenn man ihn ignoriert», sagte Kranz.

Solidaritätsprinzip wird geschwächt
Neben einer sinkenden Geburtenzahl und einer steigenden Anzahl älterer Menschen beeinflusst auch der vorzeitige Ruhestand das Verhältnis von Beitragszahlern und -empfängern, hielt Kranz fest. Und die Möglichkeit der Frühpensionierung werde stark genutzt. «Das Solidaritätsprinzip, auf welchem unsere AHV aufgebaut ist, wird je länger je mehr geschwächt», so Kranz. Der Abgeordnete erwartet, dass das Vertrauen der Jüngeren in den Generationenvertrag erheblich geschmälert wird, wenn keine Massnahmen ergriffen werden.

Ohne Reformen müssten irgendwann die AHV-Beiträge angepasst werden, um die gewohnten Leistungen bereitstellen zu können. «Erhöhte Lohnnebenkosten würden aber in einen Teufelskreis führen», so Kranz. Sie würden Arbeit verteuern, mitunter Arbeitsplätze vernichten und zu



VU-Abgeordneter Günther Kranz: «Uns droht durch den demographischen Wandel keine Gefahr, gefährlich wird es nur dann, wenn man ihn ignoriert.»

Bild Daniel Ospelt

geringeren Einnahmen der Sozialsysteme führen. Die Entwicklung der Lohnsumme sollte deshalb aufmerksam verfolgt werden. Und im vergangenen Jahr konnte eine Zunahme verzeichnet werden.

Ausgaben steigen stärker

Die Beiträge an die AHV haben sich in der Folge um 5,3 Prozent erhöht. Doch wie Kranz festhielt, stiegen die Rentenleistungen noch stärker an: um 7,6 Prozent. Der FBP-Abgeordnete Wendelin Lampert ergänzte, dass die Ausgaben der AHV seit 2003 höher als die Einnahmen über Beiträge liegen. «Das Jahr 2009 ist nun das siebte Jahr in Folge, in welchem wir mit mehr Ausgaben als reinen Beitragsleistungen zu rechnen haben», sagte Lampert.

Trotz des Defizits in diesem Bereich konnte die AHV im vergangenen Jahr mit einem positiven Ergebnis abschliessen. Aufgrund der Erholung an den Börsen weist die Betriebsrechnung einen Gewinn in der Höhe von rund 278 Millionen Franken aus. Im Vorjahr musste noch ein Verlust in der Höhe von rund 139 Millionen ver-

bucht werden. Kurzfristig gesehen scheine der Kapitalmarkt angesichts seiner Schwankungen als wenig zuverlässig, so Kranz. Doch insgesamt sei er eher ein Freund der Vorsorge. «Denn ohne ihn würde sich das Rentensystem der Zukunft kaum finanzieren lassen», sagte Kranz.

Langfristig Massnahmen gefordert

Die Reserven der AHV liegen aufgrund der Erholung an den Börsen bei mehr als zehn Jahresausgaben. Der FBP-Abgeordnete Manfred Batliner hielt fest, dass dem Geschäftsbericht zwar zu entnehmen sei, dass der AHV-Fonds mittelfristig gesichert ist. «Aus meiner Sicht sind aber die Massnahmen zur langfristigen Sicherung in Blütezeiten zu legen», sagte Batliner. Und dazu zähle auch die Gegenwart.

Mögliche Massnahmen und ihre Folgen auf verschiedene Bevölkerungsgruppen wurden bereits identifiziert. Regierungsrätin Renate Müssner stellte in Aussicht, dass bis zum Herbst eine Vernehmlassungsvorlage für Massnahmen auf Gesetzesebene vorliegen sollte. Bereits im Juni-Landtag sollen sich die Abgeordneten im

Rahmen der Sanierung des Staatshaushalts mit dem Staatsbeitrag an die AHV auseinandersetzen.

Referenzindex ist kaum zu übertreffen

Der FBP-Abgeordnete Wendelin Lampert bemängelte eine Unterperformance des Wertschriftenportfolios der AHV im Vergleich zu einem Referenzindex. Er stellte die Frage in den Raum, ob das Anlagekonzept überdacht werden sollte.

Regierungsrätin Renate Müssner führte dazu aus, dass der Referenzindex ein hypothetischer Index ist. Dieser könne von Vermögensverwaltern kaum geschlagen werden, da Gebühren darin nicht berücksichtigt werden. Zudem müssten Verrechnungssteuern berücksichtigt werden, die Anleger aus Liechtenstein nicht zurückfordern könnten. Mit einer Abweichung zum Index müsse gerechnet werden.